

Mit der demagogischen Begründung „zu viele Bauern produzieren auf zu vielen Höfen zu viele Produkte“ verfolgt die Bonner Regierung — bei steigenden Verbraucherpreisen — eine agrarpolitische Konzeption, die gezielt auf eine Schrumpfung der bundesdeutschen Landwirtschaft hinausläuft. Es ist das offen erklärte Ziel, daß in den nächsten Jahren „jeweils drei von vier Höfen“ verschwinden sollen.

Bekanntlich haben bereits in den vergangenen 20 Jahren über 450 000 Bauern ihre Wirtschaften auf gegeben. Weitere 800 000 Bauern mußten zum Zu- oder Nebenerwerb übergehen, da ihre Höfe nicht mehr genug ab warfen, um sie und ihre Familien zu ernähren.

Nicht minder stark wirkt sich der kapitalistische Konzentrationsprozeß im gewerblichen Mittelstand und bei den kleineren und mittleren Unternehmern aus. Die Konkurrenz der Großunternehmen bedroht in zunehmendem Maße ihre Existenzen. Allein die Zahl der Handwerksbetriebe in der Bundesrepublik hat sich im Jahre 1967 um 9 100 verringert. 86 000 Beschäftigte des Handwerks verloren ihren Arbeitsplatz.

Die Notstandsverfassung verschärft die Rechtlosigkeit der westdeutschen Werktätigen. Die entscheidende Waffe der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften zur Wahrung ihrer politischen und sozialen Interessen, das Streikrecht, kann jederzeit als verfassungswidrig erklärt und Streiks können mit militärischer Gewalt durch Einsatz des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr niedergeschlagen werden.

Mit dem Arbeits- und Wirtschaftssicherstellungsgesetz sowie durch jene weiteren Verordnungen, die die totale Militarisierung der ganzen Wirtschaft und des Arbeitslebens bezwecken, tritt an die Stelle des formal deklarierten Rechts der freien Wahl des Arbeitsplatzes die Möglichkeit, Männer, Frauen und Jugendliche bereits in Friedenszeiten zu Zwangsdiensten für die Profitinteressen des Rüstungskapitals zu verpflichten.

Wir stellen fest: Es ist kennzeichnend für die westdeutsche Gesellschaft, daß das Recht auf Arbeit, dieses entscheidende soziale Recht der arbeitenden Menschen, nicht einmal formal in der westdeutschen Verfassung proklamiert ist.

in einer Gesellschaft, in der die Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution ausschließlich dem Profitstreben und einer revanchistischen Außenpolitik untergeordnet werden; in einer Gesellschaft, in der der Mensch schon mit 40 Jahren durch erbarmungslose Arbeitshetze zum „alten Eisen“ gehört — in einer solchen Gesellschaft besteht für Millionen eine drückende Atmosphäre der Unsicherheit und der Angst vor dem Morgen. Der Fluch der Ausbeuter- und Rechtsordnung in Westdeutschland lastet auf allen nicht-monopolistischen Schichten, auf der überwiegenden Mehrheit des Volkes.

Das Recht auf Arbeit als Grundbedingung für die soziale Sicherheit der werktätigen Menschen erfordert in erster Linie Aufhebung aller Notstandsgesetze und Verhinderung der Militarisierung des Arbeitslebens. Es erfordert, daß die Arbeiter und Angestellten mit ihren gewerkschaftlichen Organisationen ihren Interessen in Wirtschaft und Staat Geltung verschaffen, die Willkür der Monopole beseitigen und deren Macht zurückdrängen.

Bestandteile des Kampfes um die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit sind die von den westdeutschen Gewerkschaften erhobenen Forderungen nach rechtzeitiger Lösung der Strukturprobleme unter entscheidender Mitbestimmung der Arbeiter, Angestellten und ihrer Gewerkschaften, gesetzliche Sicherungen gegen Entlassungen, die Beschneidung der hohen Profitö des Großkapitals und die Einschränkung der Rüstungsausgaben zugunsten der Schaffung neuer Arbeitsplätze.